

1
2
3
4
5
6

Abschlussbericht der SPD-Projektgruppe zur Frage der Bewaffnung von Drohnen

vom 12. Oktober 2021

7 **I. ARBEIT DER PROJEKTGRUPPE**

8 Die Antwort auf die Frage nach der Bewaffnung von Drohnen der Bundeswehr ist
9 gerade unter Berücksichtigung unserer Grundsätze, dass wir „Nein zu Aufrüstung“ und
10 „Ja zur bestmöglichen Ausrüstung“ sagen, nicht einfach. Deshalb haben wir
11 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten immer wieder einen transparenten und
12 ausführlichen Debattenprozess eingefordert, auf dessen Grundlage eine
13 verantwortbare Entscheidung getroffen werden kann.

14 Das ist durch die jahrelange Blockade im Bundesverteidigungsministerium (BMVg)
15 versäumt worden, obwohl beispielsweise die Koalitionsverträge von 2013 und 2018
16 zwischen CDU, CSU und SPD, wie auch der Maßgabe-Beschluss des Deutschen
17 Bundestags zur Anschaffung der Drohne Heron TP für die Bundeswehr im Jahr 2018
18 dies ausdrücklich gefordert haben. Vielmehr hat das BMVg erst während der ersten
19 Welle der Corona-Pandemie im Mai 2020 eine Diskussionsveranstaltung durchgeführt,
20 in der die völkerrechtlichen, verfassungsrechtlichen und ethischen Fragen diskutiert
21 wurden, die die Bewaffnung von Drohnen aufwerfen.

22 Schon zwei Monate später, am 3. Juli 2020, hat es dann durch Vorlage eines
23 Abschlussberichts die Debatte für beendet erklärt.

24 Das konnte die SPD in dieser wichtigen Frage nicht akzeptieren; deshalb hat die SPD-
25 Bundestagsfraktion die Debatte noch einmal in das Parlament geholt und im Oktober
26 eine öffentliche Anhörung mit Expertinnen und Experten im Verteidigungsausschusses
27 durchgesetzt.

28 Zur weiteren Transparenz der wichtigsten Fragen hat der SPD-Parteivorstand am
29 15. März 2021 eine Projektgruppe zur Frage der Bewaffnung der Drohnen der
30 Bundeswehr unter der Leitung der ehemaligen Bundesjustizministerin Prof. Dr. Herta
31 Däubler-Gmelin ins Leben gerufen und neben Fachpolitikerinnen und Fachpolitikern
32 auch externe und unabhängige Expertinnen und Experten berufen (s. Anlage).

33 Über ein halbes Jahr und im Rahmen von fünf Sitzungen wie auch einer öffentlichen
34 Anhörung hat die Projektgruppe zentrale Aspekte, die für die Beantwortung der Frage

35 nach der Bewaffnung von Drohnen relevant sind, intensiv bearbeitet und umfassend
36 diskutiert - wie zum Beispiel den verfassungs- und völkerrechtlichen Rahmen,
37 Einsatzszenarien, rüstungskontrollpolitische Optionen und die friedens-, sicherheits-
38 und bündnispolitische Einordnung. Die Projektgruppe griff dabei auf umfangreiche
39 Studien und Berichte wie auch teils auf externe Referenten zurück. Die Projektgruppe
40 verständigte sich darauf, nach der *Chatham House Rule* zu arbeiten und zu debattieren
41 (s. Anlage).

42

43

44 II. FAZIT UND EMPFEHLUNGEN

45 1. GRUNDVERSTÄNDNIS

46 Die Sozialdemokratische Partei als älteste demokratische Partei Deutschlands sieht
47 sich in der Tradition einer wirksamen Politik der Friedenssicherung und -förderung. Sie
48 hat in ihrer mehr als 150-jährigen Geschichte immer wieder erfahren, dass Kriege und
49 Waffen entsetzliches Leid über Bevölkerung und Gemeinwesen bringen, aber Konflikte
50 nicht überwinden.

51 Auch heute sehen wir nahezu täglich Bilder und hören die Berichte darüber, was Kriege
52 und bewaffnete Konflikte mit immer neuen Waffensystemen anrichten:
53 Hauptleidtragende ist die Zivilbevölkerung. Menschen werden getötet und
54 verstümmelt, Familien auseinandergerissen; Kinder werden ihrer Zukunft beraubt,
55 Gemeinwesen zerstört; die Zahl der Flüchtlinge wächst weltweit.

56 Deshalb hat die SPD grundsätzlich erhebliche Vorbehalte gegen eine Politik der
57 Aufrüstung und steht für eine Politik der restriktiven Rüstungsexporte.

58 Sie lehnt jede Vollautomatisierung der Kriegführung und auch die Entwicklung und den
59 Einsatz von letalen autonomen Waffensystemen (LAWS) ab.

60 Die sozialdemokratische Friedens-, Sicherheits- und Bündnispolitik beruht auf dem
61 Prinzip der Humanität und setzt auf Dialog, Kooperation und die Wirksamkeit der
62 ernsthaften Umsetzung der Ansätze gemeinsamer Sicherheit. Neue, umfassende
63 Anstrengungen bei der Abrüstung und Rüstungskontrolle sind dringend geboten.

64 Die Gegenwart ist gekennzeichnet durch viele neue Herausforderungen und
65 Überlegungen, die nicht allein in Deutschland, sondern auch in der EU, in der NATO
66 und durch völkerrechtliche Regelungen im Rahmen der UNO dringlich aufgegriffen und
67 bewältigt werden müssen.

68 Die SPD sieht Deutschland als einen zuverlässigen Partner in der Europäischen Union,
69 den Vereinten Nationen und in der NATO.

70 Die SPD unterstreicht die Notwendigkeit, die Soldatinnen und Soldaten, auch und
71 gerade diejenigen, die durch Beschlüsse des Deutschen Bundestages im Rahmen von
72 Systemen kollektiver Sicherheit in vom Völkerrecht getragene Auslandseinsätze
73 geschickt werden, bestmöglich zu schützen und entsprechend ihren Aufgaben
74 auszustatten.

75 Technologischer Fortschritt und die besorgniserregende Entwicklung hin zu einer
76 vollautomatisierten und autonomen Kriegsführung mit entsprechenden
77 Waffensystemen für ganz unterschiedliche Waffenbereiche schreiten weltweit mit
78 erschreckender Geschwindigkeit voran. Neue Aufrüstungsspiralen und der Wettstreit
79 um die Entwicklung immer effizienterer Künstliche Intelligenz-gestützter Waffen (Letale
80 Autonome Waffensysteme - LAWS) drohen eine ähnlich eskalierende Auswirkung auf
81 die globale, militärische Stabilität zu haben wie modernisierte taktische und
82 strategische Kernwaffen.

83 Aus allen diesen Gründen ist die SPD gerade in unserer Zeit besonders gefordert, die
84 Grundsätze ihrer Friedens-, Sicherheits- und Bündnispolitik unter Berücksichtigung
85 aller dieser Herausforderungen weiter zu entwickeln.

86

87 **2. GRUNDSÄTZE**

88 Die Diskussionen in der Projektgruppe haben die folgenden Grundsätze einstimmig
89 bestätigt.

90 • Wir unterstützen die Soldatinnen und Soldaten, die durch Beschluss des
91 Deutschen Bundestages in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht in oftmals
92 gefährliche Auslandseinsätze geschickt werden. Ein wichtiger Teil der
93 Unterstützung der Soldatinnen und Soldaten ist die Bereitstellung der
94 bestmöglichen Ausrüstung.

95

96 • Diese Auslandseinsätze gilt es im Rahmen des Deutschen Bundestages – gerade
97 aufgrund der auch belastenden Erfahrungen der vergangenen Jahre – gründlich zu
98 evaluieren und daraus entsprechende Schlussfolgerungen für laufende und
99 zukünftige Missionen zu ziehen.

100

- 101 • Die SPD als Friedenspartei hat die möglichen Folgen einer neuen Dimension des
102 Einsatzes bewaffneter Drohnen als Kriegswaffe zu berücksichtigen, wie sie zum
103 Beispiel im Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan um die Region Berg-
104 Karabach im Herbst 2020 eingesetzt wurden.
- 105
- 106 • Sie hat auch zu berücksichtigen, dass beim Einsatz solcher Waffen Fehlleitungen
107 durch Hacker nicht ausgeschlossen werden und damit zu zusätzlich schrecklichen
108 Folgen führen können. Der Cybersicherheit kommt daher eine besondere
109 Bedeutung zu.
- 110
- 111 • Der Einsatz bewaffneter Drohnen darf nicht zu einer anhaltenden Bedrohung für
112 die Zivilbevölkerung werden, aus der Verunsicherung, Verbitterung und
113 Traumatisierung wie auch Antagonisierung entstehen können.
- 114
- 115 • Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sprechen uns klar gegen
116 extralegale Tötungen aus, wie sie von einzelnen Staaten mithilfe von bewaffneten
117 Drohnen durchgeführt werden.
- 118

119 **3. EMPFEHLUNGEN**

120 In ihrer sechsmonatigen, intensiven und umfassenden Arbeit hat die Projektgruppe
121 gerade auch die Argumente derjenigen erwogen, die einer Bewaffnung von Drohnen der
122 Bundeswehr skeptisch gegenüberstehen. Das sind im Wesentlichen die Folgenden:

- 123 • Die Bewaffnung von Drohnen entzieht effektiveren Waffen für den Schutz von
124 Soldatinnen und Soldaten die finanziellen Mittel.
- 125 • Der Einsatz bewaffneter Drohnen bei Auslandseinsätzen könnte die zivile
126 Bevölkerung vor Ort entfremden und die Akzeptanz von stabilisierenden Einsätzen
127 unterminieren.
- 128 • Die Bewaffnung von Drohnen stärkt die Gefahr einer Fortentwicklung hin zu
129 vollautomatisierten Waffensystemen.

130 Dagegen stehen folgende Überlegungen:

- 131 • Bewaffnete Drohnen dienen dem Schutz von Soldatinnen und Soldaten im Einsatz.
132 Daher sollten diese den Soldatinnen und Soldaten zur Verfügung stehen.
- 133 • Bewaffnete Drohnen können wichtige Fähigkeitslücken schließen, die Deutschland
134 für eine verantwortungsvolle Zusammenarbeit in Bündnissen, insbesondere in
135 gemeinsamen Auslandseinsätzen, dringend benötigt.

136 • Die grundsätzlichen Einwände der Kritikerinnen und Kritiker sind gewichtig und
137 sollten bei der weiteren Begleitung des Einsatzes bewaffneter Drohnen mitbedacht
138 werden.

139 Unter Berücksichtigung dieser Überlegungen kommt die Projektgruppe zu der
140 Empfehlung, dass eine Bewaffnung von Drohnen der Bundeswehr zum Schutz der
141 Soldatinnen und Soldaten bei mit dem Völkerrecht und den Bündnisverpflichtungen
142 Deutschlands in Einklang stehenden Auslandseinsätzen und unter klarer
143 Berücksichtigung unserer Grundsätze und der Einhaltung der nachfolgenden
144 Bedingungen in Erwägung gezogen werden kann.

145 Zwei Mitglieder der Projektgruppe konnten sich dieser Empfehlung nicht anschließen.

146 Die SPD betont, dass Auslandseinsätze der Bundeswehr durch den Deutschen
147 Bundestag beschlossen werden müssen. Dabei sieht das Parlamentsbeteiligungsgesetz
148 vom 18. März 2005 ausdrücklich u.a. auch die Beschlussfassung über den
149 Auftrag und das Einsatzgebiet vor.

150 Die Projektgruppe unterstreicht einstimmig, dass für eine Bewaffnung der Drohnen und
151 ihren Einsatz folgende harte und verbindliche Kriterien gelten müssen:

152

153 • **Ausdrückliches Verbot von extralegalen Tötungen**, um die strikte Einhaltung
154 des Völkerrechts und des Grundgesetzes zu gewährleisten und uns ausdrücklich
155 von der Praxis einzelner anderer Staaten abzugrenzen.

156

157 • **Kategorische Ablehnung von vollautomatisierten Drohnen und anderen**
158 **letal autonomen Waffensystemen**. Die Entscheidung über den Einsatz von
159 Waffen darf nur durch Menschen getroffen werden, die – auch durch ihren
160 persönlichen Einsatz im Einsatzgebiet – das Risiko für Soldatinnen und Soldaten,
161 aber auch und gerade für die betroffene Zivilbevölkerung selbst beurteilen können.

162

163 • **Erstellung und Offenlegung eines verbindlichen Einsatzkonzeptes für**
164 **bewaffnete Drohnen durch die Bundesregierung**, um ein Höchstmaß an
165 Transparenz beim Einsatz von bewaffneten Drohnen gegenüber dem Deutschen
166 Bundestag und der Öffentlichkeit sicherzustellen. Ebenfalls muss die unverzügliche
167 Information des Deutschen Bundestags bei Veränderung der allgemeinen
168 Einsatzregeln sichergestellt sein.

169

- 170
- 171
- 172
- 173
- 174
- 175
- 176
- 177
- 178
- 179
- 180
- 181
- 182
- 183
- 184
- 185
- 186
- 187
- **Einsatz von bewaffneten Drohnen** nur dann, wenn dieser einschließlich der hier aufgeführten Konditionen **explizit im vorgelegten Bundestagsmandat für den jeweiligen Auslandseinsatz der Bundeswehr** vorgesehen ist, um auch hier ein hohes Maß an Transparenz und Kontrolle zu erzielen.
 - **Verortung des operativ Entscheidenden im Einsatzgebiet.** Die Entscheidungs-, Kontroll- und Steuereinheiten für Drohnen und deren Einsatz müssen im mandatierten Einsatzgebiet stationiert sein; es darf also keine Entscheidung aus der Ferne geben. Grund dafür ist die Erkenntnis, dass nur auf diese Weise die Lage im Einsatzgebiet mit der Gefahr für Soldatinnen und Soldaten, wie auch für die Zivilbevölkerung realistisch eingeschätzt und eine Entscheidung frei von anderen Überlegungen getroffen werden kann. Außerdem sollen dadurch völkerrechtliche Verwerfungen beim Einsatz von Drohnen so weit als möglich ausgeschlossen werden.
 - **Bestmögliche Ausbildung, Fürsorge, Betreuung** und Nachsorge für die Soldatinnen und Soldaten, die im Einsatzgebiet die unmittelbaren Entscheidungen zu treffen haben.

188

189 Dieser Forderungskatalog setzt strenge Maßstäbe für eine Bewaffnung von Drohnen
190 für Auslandseinsätze der Bundeswehr. Daran wird sich die nächste Bundesregierung
191 messen lassen müssen. Zu diesem Forderungskatalog gehört auch die Folgen eines
192 Einsatzes von Drohnen auf die betroffene Zivilbevölkerung zu berücksichtigen,
193 einschließlich etwaiger Betreuung und Fürsorge.

194

195 **4. WEITERGEHENDE EMPFEHLUNGEN**

196 Ergänzend zu den Empfehlungen zur Frage der Bewaffnung von Drohnen der
197 Bundeswehr hält die Projektgruppe einstimmig weitere Initiativen für dringlich, damit
198 Deutschland seine Rolle zur Initiierung wichtiger internationaler Impulse für Frieden
199 und Sicherheit auch in der Zukunft nachkommt.

- 200
- 201
- 202
- 203
- Mittlerweile verfügen weltweit rund 40 Staaten und weitere nicht-staatliche Akteure über bewaffnete Drohnen. Es gibt bisher kein internationales Regelwerk zur Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von bewaffneten Drohnen. Das darf nicht so bleiben.

204 Deshalb fordert die Projektgruppe die SPD auf, sich verstärkt dafür einzusetzen, dass
205 die künftige Bundesregierung ein internationales Regime zur Kontrolle bewaffneter
206 Drohnen auf den Weg bringt und seine Durchsetzung bestmöglich fördert. Ein solches
207 Regime könnte aus zwei Säulen bestehen: Zum einen aus Einsatzprinzipien für
208 bewaffnete Drohnen; zum anderen aus restriktiven Regeln, die einen Export
209 bewaffneter Drohnen auf solche Staaten beschränken, die diese Einsatzprinzipien
210 achten.

211

212 • Die Projektgruppe fordert die SPD auf, in der künftigen Bundesregierung ihre
213 bisherigen Bemühungen zur Ächtung von LAWS im Rahmen der Genfer „UN
214 Konvention über bestimmte konventionelle Waffen“ (*Convention on Certain*
215 *Conventional Weapons*, CCW) nachdrücklich zu intensivieren. Die künftige
216 Bundesregierung solle aufzunehmende Verhandlungen für ein rechtsverbindliches
217 CCW-Protokoll zum Verbot von LAWS unterstützen. Ein solcher Vorschlag wurde
218 bereits von einer Gruppe von rund 30 Staaten im Rahmen der Genfer
219 Expertengespräche über die Regulierung autonomer Waffensysteme vorgebracht. Bis
220 zum Abschluss verbindlicher völkerrechtlicher Regelungen soll die Bundesregierung
221 zeitgleich die Ächtung von Erforschung, Entwicklung und Anwendung von LAWS durch
222 eine Normentwicklung jenseits rechtsverbindlicher Instrumente vorantreiben.

223

224 • Die Projektgruppe fordert die SPD auf, in der künftigen Bundesregierung ein
225 Rüstungsexportgesetz vorzulegen, das auch den Export bewaffnungsfähiger Drohnen
226 restriktiv regelt. Rüstungsexporte sollen grundsätzlich nur in EU-, NATO- und
227 gleichgestellten Ländern sowie in absoluten Ausnahmen nur im begründeten Einzelfall
228 und bei Ratifizierung und konsequenter Umsetzung des Vertrags über Waffenhandel
229 (ATT) möglich sein.

230

231 • Die SPD setzt sich dafür ein, dass die künftige Bundesregierung bei der Unterstützung
232 von europäischen Rüstungsprojekten wie dem „*Future Combat Air System*“ (FCAS)
233 das Prinzip der verstärkenden „bedeutsamen menschlichen Kontrolle“ (*meaningful*
234 *human control*) bereits bei der Entwicklung entsprechender Systeme als verbindlich
235 berücksichtigt und „menschliche Kontrolle“ auch beim Einsatz und bei der praktischen
236 Anwendung durchgehend gewährleistet bleibt.

237

238 • Die SPD spricht sich dafür aus zu prüfen, ob zur Stärkung der Beteiligungsrechte des
239 Deutschen Bundestages u.a. das Parlamentsbeteiligungsgesetz weiterentwickelt
240 werden sollte.

241

242

243

244

245

246

- Die Projektgruppe fordert die SPD nachdrücklich auf, die Friedenspolitik von Willy Brandt fortentwickeln, um angesichts der aktuellen und absehbaren Herausforderungen auf der „Höhe der Zeit“ zu sein. Dabei müssen auch Aspekte der künftigen Bewaffnung und Ausrüstung der Bundeswehr berücksichtigt werden.

247 **ANLAGEN**

248

249 **1) Einsetzungsbeschluss des SPD-Parteivorstandes vom 15. März 2021**

250

251 Für eine verantwortungsvolle Sicherheits- und Friedenspolitik – Einsetzung einer
252 Projektgruppe zur Frage der Bewaffnung von Drohnen

253 In internationalen Einsätzen zur Sicherung des Friedens leistet die Bundeswehr als
254 Parlamentsarmee einen verantwortungsvollen und oftmals auch risikoreichen Beitrag.
255 Dabei können sich die Soldatinnen und Soldaten auf die SPD verlassen. Wir stehen für
256 den bestmöglichen Schutz unserer Soldatinnen und Soldaten.

257 Der Einsatz von bewaffneten Drohnen bedeutet eine neue Stufe in der Entwicklung von
258 Waffensystemen. Die Entscheidung über bewaffnete Drohnen muss deshalb in
259 Gesellschaft und Politik breit diskutiert werden. Im Koalitionsvertrag hatte die SPD
260 daher durchgesetzt, dass der Deutsche Bundestag erst „nach ausführlicher
261 völkerrechtlicher, verfassungsrechtlicher und ethischer Würdigung gesondert“ darüber
262 entscheidet. Die Bundesverteidigungsministerin hat diese Debatte lange verzögert; sie
263 hat bisher nicht in angemessener Weise stattgefunden. Zudem wirft der massive
264 Einsatz bewaffneter Drohnen als Angriffswaffen im Krieg zwischen Aserbaidschan und
265 Armenien und im Libyen-Konflikt neue Fragen auf, die berücksichtigt werden müssen.

266 Die SPD nimmt ihre sicherheits- wie auch friedenspolitische Verantwortung ernst und
267 wird ihren Beitrag zur umfänglichen und sorgfältigen Diskussion leisten.

268 Die heute vom SPD-Parteivorstand eingesetzte Projektgruppe hat den Auftrag, alle mit
269 der Bewaffnung von Drohnen bezogenen Aspekte aus Außen-, Verteidigungspolitik
270 und aus unserer Verpflichtung zu Rüstungskontrolle und Friedenspolitik, sowie
271 völkerrechtliche und ethische Argumente zu würdigen und zusammenzuführen. Die
272 Sicht der Soldatinnen und Soldaten, aber auch die Entwicklung neuer Waffensysteme
273 mithilfe Künstlicher Intelligenz werden wichtiger Bestandteil der Diskussion sein.

274 Die Projektgruppe legt den Parteivorsitzenden und dem Generalsekretär einen
275 Abschlussbericht vor, der auch Empfehlung enthalten wird. Der Bericht dient auch als
276 Grundlage für die weitere Diskussion in der Partei. Danach wird das SPD-Präsidium
277 dem SPD-Parteivorstand eine Beschlussempfehlung vorlegen.

278

279 **2) Mitglieder der Projektgruppe**

280

281 *Vorsitz: Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin, Bundesjustizministerin a.D.*

282

283 (in alphabetischer Reihenfolge):

284 *Gabriela Heinrich* MdB, stellv. Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

285 *Florian Kling*, Oberbürgermeister von Calw, Hauptmann der Reserve

286 *Daniela Kolbe* MdB, ehem. Vorsitzende der Enquete Kommission Künstliche
287 Intelligenz

288 *Siemtje Möller* MdB, verteidigungspolitische Sprecherin der SPD-
289 Bundestagsfraktion

290 *Dr. Max Mutschler*, BICC - Bonn International Center for Conversion

291 *Dr. Nina Scheer* MdB, Mitglied der SPD-Grundwertekommission

292 *Dr. Nils Schmid* MdB, außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

293 *Prof. Dr. Gesine Schwan*, Vorsitzende der SPD-Grundwertekommission

294 *Hauptmann Andreas Steinmetz*, stellv. Bundesvorsitzender des Deutschen
295 Bundeswehrverbandes (DBwV)

296 *Gabi Weber* MdB, ehem. entwicklungspolitische Sprecherin der SPD-
297 Bundestagsfraktion

298 *Dr. Andreas Wittkowsky*, Zentrum für Friedenseinsätze (ZIF)

299 *Prof. Dr. Andreas Zimmermann*, Lehrstuhlinhaber u.a. für Europa- und Völkerrecht
300 der Universität Potsdam

301

302

303 **3) Sitzungen und Termine der Projektgruppe**

304

- 305 • Einsetzungsbeschluss des Parteivorstandes am 15.03.2021

306

- 307 • Konstituierende Sitzung am 25.03.2021

308 *TOP 1 Begrüßung durch Parteivorsitzenden Norbert Walter-Borjans*

309 *TOP 2 Konstituierung der Projektgruppe*

310 *TOP 3 Vorstellung der Mitglieder der Projektgruppe*

311 *Vorschlag zur Arbeitsweise*

312 *Termine*

313 *TOP 4 Verschiedenes*

314

- 315 • Zweite Sitzung am 20.04.2021

316 *TOP 1 Protokoll der letzten Sitzung und Genehmigung
der Tagesordnung*

317 *TOP 2 Drohnen – Überblick über bestehende Gutachten
und Stellungnahmen*

318 *BE: Konstantin Bärwaldt*

319 *TOP 3 Elemente der Weiterentwicklung der sozialdemokratischen
Friedens- und Sicherheitspolitik*

320 *BE: Gesine Schwan*

321 *TOP 4 Vorschlag der Clusterung und Reihenfolge
eingegangener Fragen*

322 *BE: Franz Danner*

323 *TOP 5 Cluster 1: Drohne im Einsatz der Bundeswehr*

324 *BE: Johannes Art*

325 *TOP 6 Cluster 2: Völker- und verfassungsrechtlicher Rahmen*

326 *BE: Andreas Zimmermann*

327 *TOP 7 Hinweis FES-Veranstaltung*

328 *TOP 8 Sonstiges*

329

- 330 • Öffentliches Fachgespräch der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Frage der
331 Bewaffnung von Drohnen für Auslandseinsätze der Bundeswehr am
332 2. Juni 2021

333

334

367

4) Arbeitsweise und Grundlagen der Projektgruppe

368

369

- Cluster mit Leitfragen

370

371

Cluster 1: **Bewaffnete Drohnen im Einsatz**

372

- In welchen Szenarien ist die Schutzwirkung durch Drohnen das verhältnismäßige Mittel In welchen Situationen besteht eine Erforderlichkeit?

373

374

375

- Senkung der Einsatz-/Hemmschwelle durch Verfügbarkeit von Drohnen?

376

377

- Welchen Beitrag zum Schutz von Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr können bewaffnete Drohnen leisten?

378

379

- Wie geht die Antwort auf die Frage nach der Bewaffnung von Drohnen auf eine aktuelle umfassende Bedrohungsanalyse ein?

380

381

- Fraglich ist, ob durch den Schutz mittels einer begleitenden bewaffneten Drohne im konkreten Einsatz dann ein höheres Risiko eingegangen würde als ohne diesen Schutz. Dadurch würde der Vorteil des Schutzes der eigenen Soldat*innen aufgehoben und das relative Risikoniveau gleich bleiben. Ein weiterer neuer Schutz wäre notwendig und eine entsprechende Spirale in Gang gesetzt.

382

383

384

385

386

387

- Welche psychologische Belastung geht von dem Einsatz bewaffneter Drohnen für die Bevölkerung sowie für die bedienenden Soldatinnen und Soldaten aus?

388

389

390

391

Cluster 2: **Völker- und verfassungsrechtlicher Rahmen**

392

- Wie kann ein internationales Regelwerk für den Einsatz bewaffneter Drohnen gestaltet und umgesetzt werden?

393

394

- Halten wir es für realistisch, ein allgemeines völkerrechtliches Verbot des Einsatzes bewaffneter, von Menschen gesteuerter Drohnen zu erreichen, dem sich eine relevante Anzahl von Staaten unterwirft?

395

396

397

398

Cluster 3: **Entwicklung/Automatisierung von Waffensystemen**

399

- Lässt sich bei einer Bewaffnung von Drohnen eine Pfadabhängigkeit in Richtung vollautomatisierter Waffensysteme verhindern?

400

401

- Der Anteil von autonomen Funktionen und Künstlicher Intelligenz nimmt auch bei Waffensystemen zu. Ein auf *machine learning* beruhender

402

403 Algorithmus/Computer, der die Zielauswahl und -bekämpfung ohne
404 maßgebliche menschliche Kontrolle übernimmt, ist aus heutiger Sicht
405 nicht wünschenswert. Wie können wir verhindern, dass die Entwicklung
406 nicht einem Quasi-Automatismus unterliegt, sondern die politische
407 Entscheidungsgewalt über die Beschaffung entsprechender
408 Technologie gegeben bleibt?

409

410 Cluster 4: **Politische Rahmensetzung**

411 - Welche Kontrollmöglichkeiten des Einsatzes bewaffneter Drohnen
412 stehen dem Deutschen Bundestag zur Verfügung?

413 - Welche Erfahrungen haben ausgewählte Länder mit dem Einsatz
414 bewaffneter Drohnen gemacht und welche Lehren sind daraus zu
415 ziehen?

416 - Wie müssen Einsatzregeln für bewaffnete Drohnen gestaltet sein, um
417 extralegale Tötungen auszuschließen und dafür Sorge zu tragen, dass
418 ihr Einsatz auf den direkten Schutz von Soldatinnen und Soldaten
419 begrenzt werden kann?

420 - Welchen rechtlichen Grundlagen unterliegen die Soldatinnen und
421 Soldaten der Bundeswehr beim Einsatz von Waffengewalt und sind
422 diese auf den Einsatz von bewaffneten Drohnen übertragbar?

423 - Wie kann die letztendliche Entscheidung durch einen Menschen beim
424 Einsatz von bewaffneten Drohnen sichergestellt werden?

425 - Wenn wir „rote Linien“ bei bewaffneten Drohnen ziehen wollen, dann
426 wo, und sollten wir das eher technologisch (Ausschluss von bestimmten
427 Typen/Systemen) oder politisch (über die Einsatzmandate und -
428 vorschriften) tun?

429

430 Cluster 5: **Rüstungskontrolle**

431 - Lassen sich bei bewaffneten Drohnen überhaupt rote Linien definieren,
432 die verlässlich vor einem Rutschen hin zu immer autonomer agierenden
433 Waffensystemen schützen? Wenn ja, wie sehen diese
434 Regulierungsregime und konkreten roten Linien aus und wie lassen sie
435 sich international durchsetzen? Unterfrage: Ist die Haltung "Es machen
436 alle und wir wollen verlässlicher Partner sein" sinnvoll in einem Umfeld,
437 in dem LAWS bisher nicht international geächtet sind.

438 - Welche rüstungskontrollpolitischen Optionen haben wir (noch) im
439 Hinblick auf bewaffnete Drohnen - und auch im Hinblick auf die sog.

440 *Lethal Autonomous Weapon Systems (LAWS)?* (Rüstungskontrolle
441 verstanden in einem breiten Sinne, der sowohl die Begrenzung der
442 jeweiligen Technologien als solche, wie auch die Reglementierung des
443 Waffeneinsatzes einschließt.)
444

445 **Cluster 6: Friedens-/ Sicherheits-/ Bündnispolitik**

- 446 - Wie ordnet sich die Symboldebatte der Bewaffnung von Drohnen in eine
447 SPD-Friedenspolitik auf der Höhe der Zeit ein?
- 448 - Welche Rolle spielen bewaffnete Drohnen bei zukünftigen Konflikten
449 und welche Lehren ziehen wir daraus für die Bündnis- und
450 Landesverteidigung sowie für Auslandseinsätze der Bundeswehr?
- 451 - Ist der Einsatz bewaffneter Drohnen ihrer technischen und effektiven
452 Form (auch unter Einbeziehung von Einsatzgrundsätzen) nach mit dem
453 verteidigungspolitischen Auftrag der Bundeswehr vereinbar?
- 454 - Sind mögliche Folgewirkungen von bewaffneten Drohnen nach den
455 Prämissen von Friedensförderung und Völkerverständigung und in
456 Orientierung an humanitären Grundsätzen vereinbar?
- 457 - Wie ist der Zusammenhang zwischen der Antwort auf die Frage nach
458 der Bewaffnung von Drohnen mit einer umfassenden
459 sozialdemokratischen Friedenspolitik?
- 460 - Die Abschreckung und Kriegsführung ist gekennzeichnet vom Wettlauf
461 der Waffen. Dies betraf immer beide Seiten, die Verteidiger und die
462 Angreifer. Wie wollen wir am Ball bleiben, den Wettlauf gewinnen, wenn
463 wir uns alleine der Entwicklung und Bereitstellung effektiver Waffen
464 entziehen?
- 465 - Ein ethisch verantwortungsvoller Einsatz von militärischer Gewalt
466 (eigentlich ein Widerspruch) setzt ein gemeinsames Verständnis Ethik
467 voraus. Wie agieren wir, wenn es dies bei den maßgeblichen Akteuren
468 nicht gibt oder sich im Laufe der Zeit verschiebt?
- 469 - Wieviel „Sonderrolle“ kann sich Deutschland leisten, ohne von unseren
470 Bündnispartnern als unzuverlässig wahrgenommen zu werden und
471 damit das westliche Bündnis auch insgesamt als schwach erscheinen
472 zu lassen? Wieviel „Sonderrolle“ kann sich die SPD leisten, ohne als
473 unzuverlässiger sicherheitspolitischer Akteur im deutschen Spektrum
474 wahrgenommen zu werden?
- 475 - Halten wir den Einsatz bewaffneter von Menschen gesteuerten Drohnen
476 in allen Arten von Einsatzszenarien, einschließlich im Rahmen eines

477 bewaffneten Konflikts in Ausübung des Rechts auf Selbstverteidigung,
478 für (ethisch, moralisch, politisch, rechtlich) unvertretbar, und wenn ja
479 wodurch unterscheidet ein solcher Einsatz etwa vom Einsatz von
480 Kampfflugzeugen im Kontext eines bewaffneten Konflikts?
481

- 482 • Herangezogene Studien, Berichte, Artikel etc.

483 Alkatout, Josef (16. Februar 2016). Dauerhafte Ausnahme. NZZ.
484 Auswärtiges Amt (Juni 2017). Leitlinien der Bundesregierung „Krisen
485 verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“.

486 Bolton, Matthew Breay, & Byrne, Matilda, & Gariepy, Ryan, & Javorsky,
487 Emilia, & Lehmann, Volker, & Nolan, Laura (Januar 2021). FES Perspective
488 „Addressing the Threat of Autonomous Weapons. Maintaining Meaningful
489 Human Control“.

490 Bundesministerium der Verteidigung (3. Juli 2020). Bericht des
491 Bundesministeriums der Verteidigung an den Deutschen Bundestag zur
492 Debatte über eine mögliche Beschaffung bewaffneter Drohnen für die
493 Bundeswehr.

494 Dahlmann, Anja (September 2020). Heron TP – und dann? Implikationen
495 einer Bewaffnung deutscher Drohnen. SWP-Aktuell 2020/76.

496 Dahlmann, Anja, & Hoffberger-Pippan, Elisabeth, & Wachs, Lydia
497 (April 2021). Autonome Waffensysteme und menschliche Kontrolle
498 Konsens über das Konzept, Unklarheit über die Operationalisierung. SWP-
499 Aktuell 2021/31.

500 Deutscher Bundestag (24. März 2010). Antrag der Fraktionen CDU/CSU,
501 SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Deutschland muss deutliche
502 Zeichen für eine Welt frei von Atomwaffen setzen“. BT-Drucks. 17/1159.

503 Deutscher Bundestag (30. Januar 2014). Sachstand „Völkerrechtliche
504 Grundlagen für Drohneneinsätze unter Berücksichtigung der
505 Rechtsauffassungen Deutschlands, der USA und Israels“. WD 2 – 3000 –
506 002/14.

507 Deutscher Bundestag (15. Dezember 2016). Sachstand „Zur Rolle des
508 Militärstützpunktes Ramstein im Zusammenhang mit US-amerikanischen
509 Drohneneinsätzen“. WD 2 - 3000 - 149/16.

510 Deutscher Bundestag (02. Oktober 2020). Sachstand „Der Einsatz von
511 bewaffneten Drohnen weltweit“. WD 2 - 3000 - 064/20.

512 Deutscher Bundestag (05. Oktober 2020). Stenografisches Protokoll 19/65.

513 Deutscher Bundestag (22. Januar 2021). Dokumentation „Zum
514 Drohneinsatz im Krieg um Bergkarabach im Jahre 2020“. WD 2 - 3000 -
515 113/20.

516 Grünwald, Reinhard, & Kehl, Christoph (Oktober 2020). TAB-Arbeitsbericht
517 Nr. 187 „Autonome Waffensysteme“.

518 Heinrich, Gabriela, & Felgentreu, Fritz, & Brunner, Karl-Heinz
519 (02. Juli 2020). Liebe-Freunde-Brief zum Thema „Bewaffnung von
520 Drohnen“.

521 IFSH Hamburg (23. März 2021). Neues IFSH-Erklärvideo über autonome
522 Waffen „Drohnen und autonome Waffen – Fluch oder Segen?“.

523 Marxsen, Christian (30. September 2020). Stellungnahme im Rahmen der
524 Anhörung „Völkerrechtliche, verfassungsrechtliche und ethische Bewertung
525 einer möglichen Bewaffnung ferngeführter, unbemannter
526 Luftfahrzeugsysteme der Bundeswehr“. BT-Ausschussdrucks. 19(12)772.

527 Mützenich, Rolf, & Felgentreu, Fritz, & Brunner, Karl-Heinz (28. Mai 2018).
528 Liebe Freunde Brief zum Thema „Drohnen“.

529 Scheer, Nina (Januar 2021). Zwischenruf aus der Grundwertekommission
530 „Bewaffnete Drohnen. Verzicht als Chance für gestaltende Friedenspolitik“.

531 Schüller, Andreas (05. Oktober 2020). Schriftliche Stellungnahme zur
532 öffentlichen Anhörung im Verteidigungsausschuss des Deutschen
533 Bundestags. BT-Ausschussdrucks. 19(12)776.

534 SPD-Bundestagsfraktion (29. Januar 2019). Positionspapier der AG
535 Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung „Für ein Verbot Letaler
536 Autonome Waffensysteme“.

537 SPD-Bundestagsfraktion (03. März 2020). Positionspapier „Sicherheit durch
538 Dialog, Transparenz und Vertrauen – Sozialdemokratische Initiativen für
539 Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung“.

540 SPD-Parteivorstand (2021). Zukunftsprogramm.

541 SPD-Parteivorstand (März 2021). Diskussionsanstoß der
542 Grundwertekommission „Prämissen und Parameter einer aktualisierten
543 sozialdemokratischen Friedenspolitik“.

544 SPD-Parteivorstand (15. März 2021). Beschluss „Für eine
545 verantwortungsvolle Sicherheits- und Friedenspolitik – Einsetzung einer
546 Projektgruppe zur Frage der Bewaffnung von Drohnen“.

547 United Nations General Assembly (15. August 2020). „Use of armed drones
548 for targeted killings. Report of the Special Rapporteur on extrajudicial,
549 summary or arbitrary executions”. A/HRC/44/38.

550 Zimmermann, Andreas (25. September 2020). Schriftliche Stellungnahme
551 für die Öffentliche Anhörung des Bundestagsausschusses für Verteidigung.
552 BT-Ausschussdrucks. 19(12)768.

553

554 • Überwiesene Anträge des a.o. SPD-Bundesparteitages am 9. Mai 2021

555 Änderungsantrag des Kreisverbandes Erlangen-Stadt.
556 Änderungsantrag zu 4.5 (4.5.-Ä049).

557 Änderungsantrag des Ortsvereins Köln-Kalk.
558 Änderungsantrag zu 4.5 (4.5.-Ä039).

559 Änderungsantrag des Landesverbandes Bayern.
560 Änderungsantrag zu 4.5 (4.5.-Ä028).

561 Änderungsantrag des Kreisverbandes Eimsbüttel.
562 Änderungsantrag zu 4.5 (4.5.-Ä011).

563 Änderungsantrag des Ortsvereins Schwerin-Südstadt.
564 Änderungsantrag zu 4.5 (4.5.-Ä003).

565 Antrag des Kreisverbandes Stormarn.
566 „Keine bewaffneten Drohnen für die Bundeswehr!“ (A010).

567 Antrag des SPD Freundeskreises London.
568 „Soldat:innen im Einsatz umfassend schützen!“ (A009).